2 REFERENTEN-MATERIAL

Zur Preispolitik

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVORSTAND GROSS-BERLIN

ALS MANUSKRIPT GEDRUCKT

80
40541

38|80|40541 (0)
Fh

Masterfiche
vorhanden

Universitätsbibliothek
Freie
Universität
Berlin

INHALT:

Seite

I. Preiswucher — Folge des Krieges 1

II. Ursachen der Preiserhöhung 2

III. Was wurde getan? 5

IV. Notwendigkeit richtiger Preispolitik 7

V. Demokratische Maßnahmen in Berlin 10

VI. Preispolitik im Interesse aller Schaffenden 12

I. Preiswucher — Folge des Krieges

Gestörtes Preisgefüge

Die Rüstungs- und Kriegspolitik des Faschismus brachte vollkommene Zerstörung des Preisgefüges. Unerhörte Warenarmut besonders an Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs durch Drosselung der Erzeugung von Konsumgütern und restlosen Einsatz aller Produktionsstätten für die Fabrikation von Kriegsgeräten. Zerstörungen durch Bombenkrieg steigerten noch die Warenarmut.

Andererseits erweckte Kriegsfinanzierungspolitik Hitlers bei allen Schichten der Bevölkerung den Anschein eines immer größer werdenden Reichtums.

Papiergeldreichtum

Je ärmer Deutschland wurde, je weniger wir an Kleidungsstücken, an Möbeln, an Haushaltsgegenständen, an Lebensmitteln und an Wohnraum hatten, desto größer wurde unser Papiergeldreichtum.

Schon während der Kriegsjahre wurde geschoben und gewuchert. Nach der Kapitulation benutzten die zufälligen Besitzer von Mangelwaren und Lebensmitteln die Notlage der Bevölkerung zu spekulativen und wucherischen Zwecken.

Schwarzer Markt

Diese Erscheinung beschränkte sich nicht nur auf den Schwarzen Markt. In den Einzelhandelsgeschäften, bei den Handwerkern und in den Fabrikationsbetrieben gingen die Preise sprunghaft in die Höhe.

Wir näherten uns in Berlin einem Zustand, bei dem die arbeitende Bevölkerung nicht mehr in der Lage war, ihren Lebensunterhalt aus dem Arbeitseinkommen zu bestreiten.

II. Ursachen der Preiserhöhung

Die heutigen Preiserhöhungen kommen aus zwei Quellen:

1. Höhere Fabrikationskosten infolge veränderter Produktionsbedingungen

Bombenschäden

Rohstoffarmut

Durch Bombenschäden arbeiten Betriebe heute mit weniger modernen Maschinen. Infolge der Rohstoffarmut heute kleinere Fabrikationsserien, die teurer als ausgesprochene Massenfabrikation. Es werden heute andere und teuere Materialien verarbeitet als früher. An Stelle der Steinkohle in der Industrie mit Braunkohle gearbeitet, die teurer im Verbrauch ist.

Höhere Transportkosten

Durch Erhöhung der Eisenbahn- und anderer Verkehrsmitteltarife höhere Transportkosten.

Die sich hieraus ergebenden Preiserhöhungen sind durch die veränderten Produktionsbedingungen bestimmt und werden vom Preisamt nach eingehender Kontrolle anerkannt, da sonst die Betriebe auf Kosten ihrer Substanz produzieren würden.

Kriegskosten auf Verbraucherschaft

Viele Unternehmer versuchen reine Kriegskosten oder Unkosten, die durch Beseitigung von Kriegsschäden entstehen, z. B. Trümmerbeseitigung, Bergungskosten der Maschinen und Aufräumungskosten, auf die Verbraucherschaft abzuwälzen, indem sie diese Unkosten in die Preise solcher Fabrikate einzukalkulieren versuchen, die sie in diesen Monaten herstellen. Das sind aber Kriegskosten, die genau so wie alle Bombenschäden der Bevölkerung nur im Rahmen einer eventuellen Kriegsschädenregelung erstattet werden können.

Darüber hinaus versuchen sie Reparaturkosten bombenbeschädigter Maschinen, Instandsetzungskosten ihrer Fabrikgebäude, Wiederherstellung der Installationen

ebenfalls in die Preise kurzfristiger Fabrikationsserien einzukalkulieren. Es muß verlangt werden, diese Kosten auf mehrere Jahre, entsprechend der Lebensdauer der wiederhergestellten Maschinen oder Gebäude, zu verteilen.

Die Unternehmer verlangen Verzinsung und Amortisation auch solcher Kapitalien, die heute gar nicht mehr vorhanden sind.

Beispiel:

Eine Fabrik, deren Gebäude, Maschinen und Rohstoffe früher einen Wert von einer Million Mark hatte, hat hierfür früher 5 bis 8 % Verzinsung einkalkuliert. Heute ist dieselbe Fabrik teilweise beschädigt und arbeitet nur noch mit Gebäuden, Maschinen und Rohstoffen, die einen Wert von 100 000,— Mark darstellen, verlangt wird aber Verzinsung der nicht mehr vorhandenen Million!

2. Wucher- und Spekulationspreise infolge des Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage

Angebot und Nachfrage

Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Auch zu normalen Zeiten steigen oder fallen die Preise, wenn sich das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage verschiebt; derartige Preisschwankungen sind aber verhältnismäßig gering.

Warenbesitzer-Monopol

Heute führt das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage infolge der Kriegszerstörung und der Unmöglichkeit sie in kürzerer Zeit zu beseitigen dazu, daß die Besitzer von Waren gegenüber den Käufern eine Monopolstellung besitzen.

Die unerhörte Notlage zwingt die Käufer nahezu jeden Preis zu zahlen.

Groß- und Einzelhandel

Der Handel schlägt normalerweise auf die vom Fabrikanten berechneten Preise, je nach Art der Ware, einen größeren oder kleineren Prozentsatz für seine Unkosten und seinen Gewinn auf. Je höher der Einkaufspreis, desto höher natürlich der Gewinn des einzelnen Groß- oder Einzelhändlers.

Während früher jeder Kaufmann aus Konkurrenzgründen bemüht war, seine Waren möglichst billig einzukaufen und dadurch die Ware nahezu automatisch den kürzeren Weg vom Fabrikanten über den Groß- und Einzelhändler zum Konsumenten ging, jetzt die entgegengesetzte Tendenz.

5—10 mal Preisaufschlag

Obwohl in Berlin nur ungefähr 40% der früheren Warenmenge konsumiert wird, ist die Anzahl der Groß- und Einzelhandelsgeschäfte so groß, wie in den besten Konjunkturjahren. Die Waren laufen jetzt durch fünf, in vielen Fällen sogar bis zu zehn verschiedene Groß- und Einzelhandelsgeschäfte, wobei jeder Groß- oder Einzelhändler seine Gewinnspanne aufschlägt.

Beispiel:

Für ein Paket Waschpulver, das früher im Laden 50 Pf. kostete, wird beim letzten Einzelhändler allein 2,20 RM als Gewinn aufgeschlagen.

An einem Paar Schnürsenkel, das früher 15 Pf. kostete, werden 75 Pf. aufgeschlagen.

An einem Scheuerlappen, der früher 50 Pf. kostete, werden 1,10 RM aufgeschlagen.

An einem Feuerstein, der früher 4 Pf. kostete, werden 1,50 RM aufgeschlagen.

Dadurch gingen die Preise schwindelhaft in die Höhe, selbst dann, wenn die Waren in den Fabriken zu den alten Preisen hergestellt werden konnten.

Es muß verlangt werden, daß der Handel an allen Waren nicht mehr verdient als früher, auch dann nicht, wenn die Herstellung dieser Dinge in den Fabriken

sich teurer stellt. Das ungehemmte Wirken des Gesetzes von Angebot und Nachfrage führt zu ausgesprochenen Wucherpreisen.

Zwangsmaßnahmen

Kann durch Zwangsmaßnahmen dieses Gesetz von Angebot und Nachfrage zeitweilig außer Kraft gesetzt werden und kann es solange außer Kraft gesetzt werden, bis durch eine erhöhte Warenerzeugung der Bedarf der Bevölkerung einigermaßen gedeckt wird?

Kontrolle

Die Stabilisierung der Preise für zwangsbewirtschaftete Lebensmittel beweist, daß es durchaus möglich, wenn die geeigneten Kontrollmaßnahmen konsequent und energisch durchgeführt werden.

III. Was wurde getan?

a) Unklarheiten beim Preisstopp

Lohn- und Preisstopp

Im September 1945 Anordnung der Alliierten Stadtkommandantur, Löhne und Preise auf dem Stand vom April 1945 zu halten. Die Finanzabteilung des Magistrats mit Durchführung aller Maßnahmn zur Sicherung dieses Lohn- und Preisstopps beauftragt.

Zwar verhältnismäßig leicht Lohnstopp durchzusetzen. Unternehmer hatten Interesse, Lohnsteigerungen zu verhindern. **Entscheidend für Durchführung des Lohnstopps die Tatsache, daß Arbeiter- und Angestelltenschaft unter Führung der Betriebsräte und Gewerkschaften Notwendigkeit des Lohnstopps als eine der entscheidenden Maßnahmen zur Verhinderung der Inflation ansahen.**

Erhöhung der Warenpreise

Wirtschaft setzte Preisstopp nicht so diszipliniert durch. Industriebetriebe, Groß- und Einzelhandel erhöhten die Warenpreise fortlaufend in immer schnellerem Tempo, so daß im Frühjahr dieses Jahres die Preise vieler Waren in den Handelsgeschäften sich nicht mehr von denen auf dem Schwarzen Markt unterschieden.

Gewerkschaften und SED verlangten von dem verantwortlichen Leiter der Finanzabteilung wirksame Maßnahmen gegen diese Erscheinung.

Er war der Auffassung, daß inflationistische Entwicklung kaum zu verhindern und daß die städtische Finanzwirtschaft bei steigenden Preisen leichter zu sanieren als bei stabilen.

Erst durch sein Ausscheiden im Frühjahr 1946 wurde im Magistrat der Weg freigemacht für eine Politik, die bei gestoppten Löhnen auch gestoppte Preise durchsetzen will.

b) Allmähliche oder radikale Preissenkung?

Welcher Weg?

Eine der schwierigsten Fragen: Welchen Weg gehen wir? Entweder alle Maßnahmen zunächst darauf beschränken, die Preise in der Fabrikation festzulegen, oder sollten die Preise radikal gesenkt werden, unabhängig davon, wo sich die Ware befindet und zu welchem Preise sie eingekauft wurde?

Allmähliche Preissenkung

Was wäre geschehen, wenn wir den ersten Weg eingeschlagen hätten? Alle Waren, die sich im Groß- und Einzelhandel befanden, wären zu den teuren und unkontrollierbaren Preisen weiterhin verkauft worden und nur die Erzeugnisse, die jetzt aus der neuen Fabrikation anfallen, wären billiger geworden. Das hätte aber zur Folge gehabt, daß der unerhörte Preiswucher zunächst unbeschränkt weitergegangen wäre und zwar solange, bis die neuen Erzeugnisse im Einzelhandel aufgetaucht wären.

Wer hätte aber, nachdem wirklich Waren zu billigeren Preisen beim Groß- und Einzelhändler aufgetaucht waren, unterscheiden können, ob es sich um die billig oder teuer eingekaufte Ware handelt?

Bei dem so warm von bestimmten Wirtschaftskreisen vorgeschlagenen Weg wäre dem Preiswucher überhaupt nicht beizukommen gewesen.

Aber selbst, wenn alle Groß- und Einzelhändler absolut ehrliche Leute, hätte das zu bedenklichen volkswirtschaftlichen Erscheinungen geführt.

Beispiel:

Nehmen wir an, ein Seifenhändler hatte ein Lager von 100 Scheuertüchern je 2,20 RM = 220,— RM. Er kauft nun neue 100 Scheuertücher zum Preise von 0,50 RM ein, die ihn nur 50,— RM kosten. Er hat damit einen ihm nicht zustehenden Gewinn von 170,— RM gemacht, der restlos von den Lohn- und Gehaltsempfängern hätte getragen werden müssen.

Radikale Preissenkung

Der vom Preisamt eingeschlagene Weg, die sofortige Rückführung der Preise aller Waren auf den alten Stand, zwingt dagegen den Kaufmann, auf alle Fälle so billig wie möglich einzukaufen. Er führt automatisch zur Ausschaltung des Kettenhandels, denn die zulässigen Gewinnaufschläge dürfen nur einmal beim Großhandel und einmal beim Einzelhändler vorgenommen werden.

IV. Notwendigkeit richtiger Preispolitik

Hitlers Preispolitik

Preispolitische Maßnahmen sind nach dem Kriege weder in Deutschland noch in anderen Ländern neu, werden fast in allen Ländern durchgeführt.

Unter Hitler Preispolitik lediglich unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der Kriegsfinanzierung.

Preisgestaltung in Amerika

In Amerika jetzt ein dramatischer Kampf um die Preisgestaltung, der durch folgende Ereignisse charakterisiert wird.

Erste Maßnahme das Streikgesetz, das verhindern soll, daß durch Lohnerhöhungen zu erwartende Preiserhöhungen wettgemacht werden sollen.

Der zweite Schritt bestand in der Aufhebung der Preiskontrolle, die ein sofortiges erhebliches Anwachsen aller Preise zur Folge hatte.

Der dritte Schritt bestand in der Wiedereinführung einer beschränkten Preiskontrolle, von der aber vornehmlich ausgenommen sind die Güter, die direkt in den Konsum der werktätigen Bevölkerung kommen sollen.

Es berichtet der Vorsitzende des amerikanischen Preiskontrollamtes, daß die Preise für Milch, Butter und Käse in den letzten 2 Monaten unvernünftig in die Höhe gegangen sind. Für Fleisch mußte die Preiskontrolle wieder eingeführt werden, nachdem die Preise in 2 Monaten um 80% gestiegen waren.

Unsere Preispolitik

Unsere Preispolitik setzt sich zum Ziel, dem arbeitenden Menschen den ihm gebührenden Anteil an den erzeugten Produkten zu garantieren und zu verhindern, daß sich das Unternehmertum über ungerechtfertigt hohe Preise zusätzliche Gewinne verschafft.

Die Rolle der Währungsreform

Namhafte Vertreter der Wirtschaft haben empfohlen, preispolitische Maßnahmen zurückzustellen, bis in Deutschland eine Währungsreform durchgeführt ist. Sie vertreten die Auffassung, daß die Abschöpfung des sogenannten Kaufkraftüberhanges automatisch zu einer Gesundung des Preisgefüges führen würde. Konnten wir aber so lange warten? Voraussetzung für Währungsreform ist die Einheit Deutschlands. Notwendig war, das Mißverhältnis zwischen gestoppten Löhnen und überhöhten Preisen zu beseitigen. Es mußte sofort das getan werden, was unter den gegenwärtigen Bedingungen getan werden konnte. Wenn es richtig, daß durch fortschrittliche Währungsreform der Schwarze Markt zu einem Teil verschwinden würde und das

Preisniveau des Schwarzen Marktes zusammenbrechen würde, bleibt ein mangelndes Angebot von Waren bestehen, weil

a) Rohstoffe fehlen,

b) die Produktionskapazität nicht sofort den gesamten Bedarf decken kann,

c) ein Teil unserer Arbeitsleistung für die Beseitigung von Kriegsschäden und Reparationsleistungen in Anspruch genommen werden wird.

Zumindestens eine vorübergehende Zeit wird ein Teil der verdienten Löhne und Gehälter nicht restlos in Waren angelegt werden können.

Preisstopp lähmt nicht die Wirtschaft

LDP und CDU

Unternehmerkreise der LDP und CDU erheben gegen Magistrat und Preisamt den Vorwurf, daß die Preispolitik wirtschaftsfremd und wirtschaftstötend sei. Wenn einerseits alle Preise ohne Ausnahme auf den Stand vom 1. April 1945 zu senken sind, werden aber auch Ausnahmen genehmigt, sofern die Betriebe durch Kriegsfolgen oder heute teilweise mit unrationelleren Methoden fabrizieren müssen oder andere teurere Materialien verarbeitet werden, erhöhte Transportkosten anfallen oder durch den Übergang von der Steinkohle zur Braunkohle tatsächliche höhere Fabrikationskosten als früher entstehen.

Jeder Fabrikant, der mit so veränderten Methoden arbeitet, kann beim Preisamt die Bewilligung eines entsprechend höheren Preises beantragen, und er ist nicht gezwungen, auf Kosten seiner Substanz zu arbeiten.

SED

Wir lehnen es aber ab, daß Unternehmer in ihre Preise Dinge einkalkulieren, die mit der heutigen Fabrikation nichts zu tun haben, sondern lediglich den Versuch darstellen, das durch den Krieg verlorene Sachvermögen neu zu akkumulieren und die durch den Krieg einge-

tretenen Verluste über erhöhte Preise auf Kosten der Verbraucherschaft wettzumachen. Sie stellen nichts anderes dar als einen Versuch, das sich durch Friedensarbeit neu bildende Volksvermögen in den Händen der Unternehmer zu sammeln und den Arbeitenden zu rauben.

Der Krieg hat auch für die Unternehmer eine Reihe von Konsequenzen. Ein Teil ihres Sachvermögens, Maschinen, Warenvorräte, Gebäude ist durch den Krieg vernichtet. Bei der notwendigen hohen Besteuerung ist eine schnelle Akkumulation neuer Kapitalien nicht möglich. Die erforderliche Ergänzung der Maschinen, Warenvorräte und Wiederinstandsetzung der Gebäude kann nicht über erhöhte Preise auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung vorgenommen werden, sondern muß dadurch erfolgen, daß sich die Unternehmer die fehlenden Betriebsmittel durch Kredite oder neue Beteiligungen beschaffen.

Reaktionäre Unternehmerkreise, sowie LDP und CDU bezeichnen die durch die Folgen des Krieges notwendige Maßnahme als Sozialisierungsversuch!

Keine Sozialisierung

Das ist keine Sozialisierung. Die arbeitende Bevölkerung ist nicht bereit, neben ihren eigenen Bombenschäden auch noch die der Unternehmer durch erhöhte Preise zu bezahlen!

V. Demokratische Maßnahmen in Berlin

a) Der neue Weg in Berlin

Immer lauter wurde der Ruf der arbeitenden Bevölkerung: **„Wenn Lohnstopp, dann auch Preisstopp!“**

Gesetzliche Anordnungen, mehrmalige öffentliche Warnungen an die Wirtschaft und der behördliche Apparat genügten nicht.

Mobilisierung der Verbraucherschaft

Es wurde die gesamte Verbraucherschaft mobilisiert und von den antifaschistischen Organisationen freiwillige Helfer gestellt, die vom Preisamt mit den erforderlichen Vollmachten und Ausweisen ausgestattet, mit der Kontrolle der Einzelhandelsgeschäfte beauftragt wurden.

Die Bevölkerung wurde aufgefordert, jeden Geschäftsmann zur Meldung zu bringen, der Waren zum erhöhten Preis anbietet.

Nur diese Methode der Mobilisierung der an der Preissenkung ökonomisch interessierten Kreise hat es ermöglicht, die immer bedrohlicher werdende Preisentwicklung zum Stillstand zu bringen und in weitgehendem Maße dem Stand vor der Kapitulation anzupassen.

Kontrolle von unten

Damit ist durch die Bildung der Bezirkspreisstellen und -ausschüsse unter weitgehender Einschaltung der Verbraucherschaft, der Einsatz von Hunderten und Tausenden von ehrenamtlichen Helfern und Prüfern, der Gewerkschaften und Frauenausschüsse die Preiskontrolle und Überwachung mit demokratischen Methoden durchgeführt.

b) Was kann die werktätige Bevölkerung noch zur Stabilisierung der Preise tun?

Im Betrieb: Die Betriebsräte.

Die Betriebsräte müssen die Preiskalkulationen der Betriebe kontrollieren.

1. Werden die kalkulierten Arbeitszeiten tatsächlich gebraucht?

2. Stimmt die Menge der kalkulierten Rohstoffe und Halbfabrikate?

3. Sind die einkalkulierten Unkostensätze richtig?

4. Gehen die hergestellten Waren restlos durch die Bücher oder werden sie zu einem Teil zu Schwarzmarktpreisen verschoben?

Hier können die Betriebsräte durch Zusammenarbeit mit den freigewerkschaftlichen Buchhaltern, Kalkulatoren, Meistern und Lagerverwaltern sowie Expedienten verhindern, daß schon in der Fabrik die Preise ungerechtfertigt erhöht werden.

Die Kaufleute

kaufen nur waren, deren Preise genehmigt sind.

Die Hausfrauen

wachen darüber, daß die vom Preisamt vorgeschriebenen Preise eingehalten werden.

Die gesamte werktätige Bevölkerung

wacht darüber, daß in den Wohnungen und Geschäften ihrer Häuser keine Schwarzmarktgeschäfte durchgeführt werden.

VI. Preispolitik im Interesse aller Schaffenden

a) Schutz dem ehrlichen Kaufmann — Kampf dem Wucherer und Schieber

Viele Berliner Einzelhändler und Handwerker sind mit den Preisbehörden in Konflikt gekommen, weil die Herren, die sich jetzt als Lebensretter für die Gewerbe-

treibenden aufspielen, es unterlassen haben, Handel und Handwerker darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich an die Preisvorschriften zu halten haben.

Jetzt, da die ersten Anfänge gemacht worden sind, um auch dem Einzelhändler die erforderliche Rechtssicherheit zu geben, die er für die ordnungsmäßige Führung seiner Geschäfte braucht, verlangen CDU und LDP, daß das Preisgenehmigungsverfahren beseitigt werden soll und an dessen Stelle:

Die Verantwortung für die Einhaltung unvermeidlicher Preisbestimmungen den Unternehmern und dem Handel überlassen werden soll.

Woher soll aber der Einzelhändler wissen, ob der Preis, zu dem ihm heute eine Ware angeboten wird, gerechtfertigt ist oder nicht?

Preisgenehmigungsvermerk

Heute muß jede Rechnung den Preisgenehmigungsvermerk des Preisamtes tragen. Dadurch hat jeder Einzelhändler die Sicherheit, nicht gegen die Preisbestimmungen zu verstoßen.

Kundschaft und Einzelhändler

Wenn er aber wieder in sogenannter Selbstverantwortung die Einhaltung der Preisbestimmungen übernehmen soll, wird er ein Opfer unverantwortlicher Schieber und Zwischenhändler, denn in erster Linie wird der Einzelhändler vom Publikum wegen Preiswucher angezeigt. Er wird sich mit seiner Kundschaft umherschlagen müssen und er wird bei den Kunden dastehen als der Wucherer.

Die Zwischenhändler aber und unverantwortlich handelnden Vorlieferanten werden sich aus einigen geretteten Beständen mit Wucherpreisen mühelos ein Vermögen schaffen.

Wir sind der Auffassung: Die Preisfestsetzung und die Preiskontrolle hat durch die Preisbehörden zu erfolgen. Der Einzelhändler muß wissen, daß er die eingekauften Waren zu einem anerkannten Preis ohne Gefahr der Bestrafung weiterverkaufen kann.

Der ehrliche Händler muß geschützt werden. Gefaßt werden soll der Wucherer und Schieber!

b) Inflation

Sicherlich bedeutete das Eingreifen des Preisamtes für viele Gewerbetreibende ein schweres Opfer. **Wäre aber die Durchsetzung des Preisstopps nicht energisch betrieben worden, hätten wir heute mit tötlicher Sicherheit eine riesige Inflation.** Die Preissteigerungen hätten Lohnerhöhungen zur Folge haben müssen, die neue Preiserhöhungen nach sich gezogen hätten. Das Schauspiel der Jahre 1920 bis 1922 hätte sich wiederholt. Eine solche Entwicklung hätte aber nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern in viel höherem Maße die Gewerbetreibenden betroffen. Arbeiter und Angestellte werden bei einer Inflation um den Ertrag ihrer Arbeit betrogen; Einzelhändler und Handwerker verlieren darüber hinaus auch noch ihr kleines Betriebskapital.

Arbeiter, Handwerker, Angestellte und Gewerbetreibende haben gleichermaßen ein Interesse daran, eine inflationistische Entwicklung zu verhindern.

c) Arbeiter, Handwerker, Angestellte und Gewerbetreibende

Nicht nur in der Inflation hatten Arbeiter, Handwerker, Angestellte und Gewerbetreibende dasselbe Schicksal. Auch in der großen Arbeitslosigkeit ging es ihnen allen schlecht. Waren aber die Arbeiter beschäftigt und

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK

verdienten besser, ging es auch dem Einzelhändler und Handwerker gut.

In der Nazizeit wurden nicht nur die Arbeiter schamlos unterdrückt und ausgebeutet, sondern auch die Gewerbetreibenden verloren ihre Existenz, wurden enteignet von den großen Konzernen und Trusts. Beide litten besonders unter dem Hitlerkrieg und wurden gemeinsam Opfer der Bombenangriffe. Beide haben aber auch gemeinsam die Trümmer beseitigt und angefangen, die Grundlagen für ein neues Leben zu bauen.

Arbeiter, Handwerker, Angestellte und Gewerbetreibende sind Werktätige und gehören zusammen.

380/80/40541(0)
X13<8040541000012

-8. 01. 07

(40) G 50 742 Buchdruckerei Karl Huth, Berlin C 2 107 9. 46

Freie Universität Berlin

(40) G 50742 Buchdruckerei Karl Huth, Berlin C 2 107 9. 46